

Antrag 216/II/2019**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mit strategischer IT-Beschaffung zu digitaler Souveränität**

1 Die öffentliche Verwaltung setzt bei der Erledigung fast
2 aller ihrer Aufgaben auf Informationstechnologie ein. Da-
3 bei ist die Verwaltung so abhängig von großen Hard- und
4 Softwareherstellern sowie IT-Beratungen, dass sie kaum
5 noch Herr ihrer eigenen IT ist. Nach einer aktuellen Studie
6 des IT-Beauftragten der Bundesregierung (08/2019, auf
7 <https://cio.bund.de>) ist auch die Bundesverwaltung in al-
8 len Schichten des Software-Stacks von wenigen Software-
9 Anbietern stark abhängig. Der Markt ist danach auf we-
10 nige Anbieter konzentriert, obwohl auch nach der Studie
11 vergleichbare Alternativen am Markt verfügbar sind. Im
12 Ergebnis werden vor allem eingeschränkte Informations-
13 sicherheit und datenschutzrechtliche Unsicherheit als kri-
14 tisch bewertet, beides Punkte, die die digitale Souveräni-
15 tät des Staates gefährden. Je tiefer proprietäre Schnittstel-
16 len und Datenformate bei der fortschreitenden Digitali-
17 sierung der Verwaltung in die öffentlichen IT-Systeme in-
18 tegriert werden, desto unauflöslicher werden die Abhän-
19 gigkeiten. Um die digitale Souveränität des Staates auf
20 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wiederherzu-
21 stellen und zu erhalten, muss öffentliche IT strategischer
22 beschafft werden.

23

**24 1. Digitale Souveränität zum ausdrücklichen Sekundärziel
25 der öffentlichen IT-Beschaffung erklären**

26 IT-Beschaffungen haben die langfristige Handlungsfrei-
27 heit der öffentlichen Verwaltung zu maximieren. Dies
28 ist als Vergabekriterium in sämtliche IT-Vergabeverfahren
29 aufzunehmen. Dies bedeutet insbesondere die positive
30 Bewertung niedriger Migrationskosten zu alternativen
31 Dienstleistern und IT-Lösungen durch die Nutzung offe-
32 ner Standards für Datenformate und Schnittstellen so-
33 wie die Bereitstellung von Migrationswerkzeugen (Redu-
34 zierung sog. Lock-In-Effekte).

35

**36 2. Klare Aufgabenverteilung und Strukturen für die stra-
37 tegische IT-Beschaffung schaffen**

38 Die für IT-Steuerung zuständigen Stellen der öffentli-
39 chen Verwaltung werden mit Mandat und Ressourcen für
40 eine strategische IT-Beschaffung ausgestattet und wer-
41 den somit zu "Kompetenzzentren für strategische Be-
42 schaffung". Klar definierte Aufgabe dieser Stellen muss
43 unter anderem sein, die langfristige strategische Rele-
44 vanz jedes IT-Beschaffungsvorgangs zu bewerten. Die IT-
45 Vergabestellen einzelner Behörden sind als Serviceeinhei-
46 ten hierfür nicht ausreichend ausgestattet und können
47 entsprechendes Know-How nicht aufbauen. Die einzurich-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

48 tenden Kompetenzzentren für strategische Beschaffung
49 informieren, setzen Standards zur Vorbereitung und Um-
50 setzung von strategischen Beschaffungsprojekten, entwi-
51 ckeln neue Lösungen und stärken die Akteure mit dem
52 Aufbau eines Expertennetzwerks. Zu den Maßnahmen ge-
53 hören insbesondere das Betreiben einer Plattform mit In-
54 formationen und Praxishilfen zum Thema Strategische
55 Beschaffung, die Entwicklung von Standards wie Leit-
56 fäden, Musterverträgen und Berechnungshilfen zur Vor-
57 bereitung und Umsetzung von entsprechenden Beschaf-
58 fungsvorhaben und die Vernetzung regionaler Akteure.

59

60 **3. Anbietervielfalt und Softwareökosysteme pflegen**

61 Die staatliche IT-Beschaffung muss aktiv die Anbieter-
62 vielfalt in staatlich relevanten Software-Bereichen pfl-
63 gen. Hierzu sind beispielsweise innovative Vergabeinstru-
64 mente wie Innovationspartnerschaften und die vorkom-
65 merzielle Auftragsvergabe geeignet. Dies fördert einer-
66 seits den IT-Mittelstand und andererseits die digitale Sou-
67 veränität durch Alternativenanbieter. Ein weiteres Mittel
68 des Vergaberechts das dazu stärker genutzt werden soll,
69 ist die Aufteilung von größeren Aufträgen in Mengen-
70 lose. Bund und Länder müssen künftig auf die an vie-
71 len Stellen bereits bestehenden bestehende Open-Source
72 Software-Lösungen mit umfangreicher Funktionalität zu-
73 rückgreifen und den eigenen Entwicklungsaufwand da-
74 durch begrenzen. Der Aufbau von Kompetenzen für die
75 Wartung und Anpassung von Software, für die Interakti-
76 on mit OSS-Communities oder für die Steuerung exter-
77 ner Dienstleister ist aber auch bei der Nutzung bestehen-
78 der Lösungen notwendig. Es muss entsprechendes Wis-
79 sen zB durch Schulungen für strategische Beschaffung bei
80 den Mitarbeiter*innen geschaffen werden. Die SPD unter-
81 stützt auch in diesem Zusammenhang die Initiative "Pu-
82 blic Money Public Code", wonach mit öffentlichen Geldern
83 finanzierte Softwareentwicklungen grundsätzlich unter
84 einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz veröffent-
85 licht werden sollen.

86

87 **4. Hard- und Softwaresysteme modular gestalten**

88 Die IT-Systeme der öffentlichen Verwaltung sind vorzugs-
89 weise modular zu gestalten, so dass nach dem Baukasten-
90 prinzip Funktionen ergänzt, repariert oder ausgetauscht
91 werden können. Durch die Nutzung offenen Quellcodes
92 und offener Schnittstellen können diese Bausteine auch
93 durch unterschiedliche Anbieter hergestellt werden, was
94 Handlungsfreiheit des Staates erhöht. Die freie Verfügba-
95 keit des Quellcodes kann auch dazu führen, dass andere
96 Verwaltungen oder Unternehmen Module ergänzen oder
97 erweitern, die dann bei Bedarf wiederum auch von der ur-
98 sprünglich erstellenden Verwaltung genutzt werden kann.

99

100 **5. In Freie Software für die öffentliche Verwaltung inves-**

101 **tieren**

102 Die öffentliche Hand beschafft und entwickelt bevorzugt
103 Freie Software. Freie Software sichert digitale Souveräni-
104 tät, da sie die Gefahr von Lock-In-Effekten senkt und gu-
105 te Voraussetzungen für modulare Softwarearchitekturen
106 bietet.

107

108 **6. Fairen und nachhaltiger Handel bei IT-Beschaffung för-**
109 **dern**

110 “Think global, act local” – es hat globale Auswirkungen,
111 welche IT beschafft wird. Künftig sollen daher bei öffentli-
112 chen IT-Beschaffungen Arbeits- und Umweltbedingungen
113 in der Produktion noch stärker Gewichtung bei der Verga-
114 beentscheidung finden, um die Arbeitsbedingungen der
115 Menschen, die sie herstellen zu verbessern, umweltver-
116 trägliche Materialien zu verwenden und Energieverbräu-
117 che zu senken. Hierzu sollten gute Praktiken der nachhal-
118 tigen Beschaffung in einzelnen Bundesländern und Kom-
119 munen ermittelt, zur Nachahmung empfohlen sowie in
120 der Bundesverwaltung repliziert werden.

121

122 **Begründung**

123 Die Konzentration der Marktmacht im Bereich der An-
124 beiter von Software für die Verwaltungs-IT gefährdet die
125 digitale Souveränität des Staates. Die Verwaltungen auf
126 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene setzen an vielen
127 Stellen Standard-Produkte von kommerziellen Software-
128 Anbietern ein bei denen einige Anbieter ihre monopol-
129 artige Anbieterstellung zu ihrem Vorteil auszunutzen zu
130 scheinen. Kundenwünsche werden oft nur unzureichend
131 adressiert.

132 Im weiteren sei noch auf die Ergebnisse der genann-
133 ten Strategischen Marktanalyse zur Reduzierung von
134 Abhängigkeiten von einzelnen Software-Anbietern (Ab-
135 schlussbericht August 2019) hingewiesen, die zum selben
136 Ergebnis kommt: [https://www.cio.bund.de/Shared-](https://www.cio.bund.de/Shared-Docs/Publikationen/DE/Aktuelles/20190919_strategi-sche_marktanalyse.html?nn=4623908)
137 [Docs/Publikationen/DE/Aktuelles/20190919_strategi-](https://www.cio.bund.de/Shared-Docs/Publikationen/DE/Aktuelles/20190919_strategi-sche_marktanalyse.html?nn=4623908)
138 [sche_marktanalyse.html?nn=4623908](https://www.cio.bund.de/Shared-Docs/Publikationen/DE/Aktuelles/20190919_strategi-sche_marktanalyse.html?nn=4623908)¹